

# NGO MONITOR

---

## **Terrorverbindungen, Rechtfertigung des Hamas-Massakers vom 7. Oktober 2023 und Genozid-Vorwürfe (IGH)**

---

Februar 2024

## Einleitung

Am 7. Oktober 2023, einem Schabbat und einem jüdischen Feiertag, strömten Tausende palästinensischer Terroristen – Mitglieder der Hamas, des Palästinensischen Islamischen Dschihad (PIJ) und der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), die alle drei von der EU als terroristische Vereinigungen eingestuft werden – über die Grenze von Gaza nach Israel, ermordeten über 1.100 Menschen und folterten, verstümmelten, vergewaltigten und entführten viele weitere. Auch Palästinenser im Gazastreifen schändeten öffentlich die Leichen ihrer Opfer.

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vor Ort, die über deutsche Entwicklungshilfeprogramme finanziert werden und deren erklärtes Ziel es ist, Menschenrechte zu fördern und die Einhaltung von internationalem Recht voranzubringen, haben es versäumt, diese eklatanten Menschenrechtsverstöße und Verletzungen humanitärer Grundsätze zu verurteilen. Ganz im Gegenteil; viele rechtfertigten die Angriffe, feierten sie und legitimierten Terrorismus im Allgemeinen und die Hamas im Besonderen, indem sie ihre Brutalität als Akte des „Widerstands“ bezeichneten. Einige NGOs haben diesen Terrorismus ausdrücklich verteidigt und unterstützt (siehe untenstehende Beispiele) und hochrangige NGO-Vertreter haben in Stellungnahmen die Gräueltaten der Hamas wie die [systematische Vergewaltigung israelischer Frauen](#) explizit geleugnet.

Wie andere europäische Regierungen hat auch Deutschland finanzielle Unterstützung für die palästinensische Bevölkerung Mitte Oktober zunächst ausgesetzt, doch am 13. Dezember 2023 kündigte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit an. Nach [Angaben des BMZ](#) hat die interne Prüfung ergeben, dass „sich die Kontrollmechanismen als robust erwiesen“ haben. „Hinweise auf Zweckentfremdung sind nicht festgestellt wurden.“

Ähnliche Überprüfungen durch die Europäische Kommission und das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) kamen jedoch zu gegenteiligen Ergebnissen und fanden sehr wohl Beispiele für die Aufstachelung zu Hass und Gewalt durch NGOs. Die Schweiz [beendete](#) ihre vertragliche Partnerschaft mit zwei palästinensischen NGOs und einer in den USA ansässigen Gruppe und die Europäische Kommission [kündigte](#) die Einführung neuer Vertragsklauseln gegen Hass und Hetze an.

[Trotz Medienberichten](#), denen zufolge die palästinensische NGO Al-Haq, „mit der das deutsche Entwicklungshilfeministerium und die evangelische Organisation ‚Brot für die Welt‘ zusammengearbeitet haben, [...] künftig kein Geld mehr aus Deutschland

bekommen“ soll, hat die deutsche Bundesregierung keine offizielle Erklärung abgegeben, die auf Sanktionen infolge der internen Überprüfung hinweisen würde. Auch generell gehört die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zu den am wenigsten transparenten in Europa, was es unmöglich macht, den Umfang der Finanzierung und die an die NGOs geleisteten Beträge unabhängig zu bewerten.

Obwohl die interne Überprüfung des BMZ keine Beweise dafür geliefert hat, dass lokale Partner „Aufrufe zu Hass und Gewalt, die Leugnung des Existenzrechts des Staates Israel sowie Antisemitismus“ verbreiten, bietet der folgende Bericht Dutzende Beispiele genau dafür, von denen alle leicht online überprüfbar sind: Stellungnahmen von durch Deutschland finanzierte NGOs, die Hass schüren und Gewalt verherrlichen.

Der Bericht umfasst Aussagen von zwölf palästinensischen NGOs, einer in den USA ansässigen Gruppe und der Internationalen Föderation für Menschenrechte (FIDH), die alle in den letzten zehn Jahren durch verschiedene Finanzierungskanäle, darunter die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), von Deutschland finanzierte NGOs, politische Stiftungen und kirchliche Hilfsorganisationen, über das BMZ Mittel der Bundesregierung erhalten haben.

Viele der NGOs weisen Verbindungen zu der Terrorgruppe PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas) auf; einige von ihnen wurden von Israel im Oktober 2021 aufgrund dieser engen Verbindungen als Terrororganisationen eingestuft. Für weitere Informationen zur deutschen Finanzierung von PFLP-nahen NGOs, siehe den Bericht von NGO Monitor, „[Potenzieller Missbrauch deutscher Entwicklungsgelder durch NGOs mit Verbindungen zu Terrorgruppen](#)“, vom Dezember 2022.

Die in Paris ansässige FIDH, die auch deutsche Regierungsgelder [erhielt](#), ist zentral an der diffamierenden Kampagne beteiligt, die Israel des Genozids beschuldigt. Drei von Deutschland finanzierte NGOs, die Mitglieder der FIDH sind und Verbindungen zur PFLP aufweisen, standen an der Spitze der antisemitischen Kampagne rund um den Genozidvorwurf und dienten als Berater Südafrikas in dem Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH).

## **Beispiele für von Deutschland finanzierte NGOs, die das Hamas-Massaker gerechtfertigt und Gräueltaten geleugnet haben**

### **Miftah**

Hanan Ashrawi, Gründerin und Vorstandsvorsitzende von MIFTAH, bestritt in einem [Interview](#) mit Democracy Now! am 27. Oktober 2023 die Gräueltaten der Hamas vom 7. Oktober und bezeichnete die Vorwürfe des Massakers, der Vergewaltigungen und Enthauptungen von Kindern als „Nonsens“.

### **Finanzierung durch Deutschland**

Berichten von Miftah zufolge hat die GIZ Miftah im Jahr [2022](#) mit 63.102 USD gefördert.

### **Union of Agricultural Work Committees (UAWC)**

- Am 13. Oktober [postete](#) UAWC-Projekt Koordinator Moayyad Bsharat auf Facebook: „Was heute von der [palästinensischen] Autonomiebehörde verlangt wird, ist simpel, wirklich simpel, nämlich dass sie selbstbewusst auf die Länder reagiert, die den zionistischen Terror unterstützen, und ihnen klar macht, was die Position des palästinensischen Volkes in Bezug auf **Selbstbestimmung ist, und zwar mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln...** Wir Palästinenser stehen einem Mechanismus des zionistischen Terrors und seiner westlichen Unterstützungsinstrumente gegenüber. Unser arabisch-palästinensisches Volk wird den Sieg erringen, egal wie lange es dauern wird“ (Hervorhebung NGO Monitor).
- Am 11. Oktober [postete](#) Bsharat auf Facebook: „Gibt es etwas Schöneres, als mit einem Segelflieger vom libanesischen Luftraum in den israelischen Luftraum zu fliegen?! [Hierbei bezieht er sich auf die Bedrohung Israels durch die Hisbollah.] Möge Allah mit ihnen zufrieden sein. #Gone\_be\_the\_humiliation [Hierbei handelt es sich um eine schiitische Phrase, die in Zeiten der Kriegsführung gesagt wird].“
- Am 10. Oktober [postete](#) Saad el-Din Ziada, UAWCs Advocacy Director, auf Facebook: „Zögert nicht, den Widerstand zu unterstützen, auch wenn ihr ihn lobt. Er ist unser Recht und der Beschützer unserer Würde und unserer Träume.“

- Am 7. Oktober [postete](#) Zakaria Bakr, Leiter des UAWC-Fischerkomitees in Gaza, auf Facebook: „Führt die Geschichte zuende und verändert die Geografie, es ist der große Oktober, der Oktober der Siege.“
- Am 7. Oktober [postete](#) UAWC-Projekt Koordinator Houssam Abuabdou auf Facebook: „Der 7. Oktober hat die Kraft und den Willen eines großen Volkes bezeugt.“

### Finanzierung durch Deutschland

- Für die Jahre [2021](#) und [2022](#) (die aktuellsten verfügbaren Daten) hat Medico International (MI; mit Sitz in Deutschland und der Schweiz) gemeinsame Projekte mit der UAWC aufgeführt. Obwohl der für das UAWC vorgesehene Betrag nicht bekannt ist, hatte MI im Jahr 2022 Ausgaben in Höhe von 1,8 Millionen Euro, unter anderem mit Unterstützung des Auswärtigen Amts (AA) und des BMZ, für seine Projekte in „Israel/Palästina“.
- Im März 2023 veröffentlichten UN Habitat, Global Land Tool Network und UAWC gemeinsam eine [Studie](#) mit dem Titel „Land, Women Empowerment and Socioeconomic Development in the Arab Region“. Bereits zu Beginn des Berichts, im Disclaimer, wird das BMZ als „strategischer Partner“ aufgelistet.
- Laut der [Antwort](#) auf eine Bundestagsanfrage vom Mai 2021 „hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit UAWC Trainings und Analysen in den Themenfeldern Ernährungssouveränität und Arbeitsrechte durchgeführt“.

### Anmerkung:

- [UAWC](#) ist eine der PFLP nahestehende NGO, die 2021 von Israel wegen ihrer engen Verbindungen zur PFLP als terroristische Vereinigung ausgewiesen wurde.
- Im Jahr 2019 wurden zwei Finanzverantwortliche von UAWC [von Israel verhaftet und stehen derzeit vor Gericht](#), weil sie an einem Terroranschlag beteiligt waren, bei dem die 17-jährige israelische Staatsbürgerin Rina Shnerb ermordet wurde.
- Am 5. Januar 2022 [kündigten](#) die Niederlande einen Vertrag mit der UAWC wegen ihrer Verbindungen zur PFLP auf. Der Bericht einer von der Regierung in Auftrag gegebenen unabhängigen Untersuchung bestätigte, dass 34 UAWC-Beschäftigte im Zeitraum von 2007 bis 2020 Verbindungen zur PFLP aufwiesen, wobei einige von ihnen parallel zu ihrer Beschäftigung beim UAWC Führungspositionen in der PFLP innehatten.
- Für weitere Informationen zu den Verbindungen des UAWC zur PFLP, siehe den Bericht von NGO Monitor, [„Potenzieller Missbrauch deutscher Entwicklungsgelder durch NGOs mit Verbindungen zu Terrorgruppen“](#), vom Dezember 2022).

## Zamleh

- Am 7. Oktober [postete](#) Vorstandsmitglied von Zamleh Neveen Abu Rahmoun auf Facebook: „Der palästinensische Widerstand hat seit dem Beginn der Operation al-Aqsa-Flut [die Terrorangriffe vom 7. Oktober 2023] eine neue Etappe erreicht, indem Widerstandskämpfer in zahlreiche israelische Wohnviertel in den Siedlungen eindringen, Kontaktpunkte schaffen und Raketen des Widerstands abfeuern. Israel wiederum sieht sich dadurch in die Enge getrieben und hat eine hohe Mobilisierung für den Krieg angekündigt. Die Botschaft des Widerstands ist eindeutig, er hat begonnen und er wird eskalieren und eine neue Realität erzwingen.“
- Am 9. Oktober [postete](#) der [Projektkoordinator von Zamleh](#), Mohammad Badarneh, auf Facebook: „Der ‚einzig wichtige‘ Wert eines Menschen, der unter Besatzung lebt, ist das Ausmaß seines Widerstands gegen diese Besatzung, mit allen möglichen Mitteln.“

## Finanzierung durch Deutschland

Laut dem Quartalsbericht von Zamleh, der dem israelischen Register für gemeinnützige Organisationen vorliegt, erhielt die NGO im Zeitraum von 2021 bis 2022 574.758 NIS aus Deutschland, davon 213.268 NIS von der deutschen Regierung, 197.200 NIS von der Konrad-Adenauer-Stiftung und 164.290 NIS von Kurve Wustrow, einer Organisation mit Sitz in Niedersachsen.

## Palestinian Center for Human Rights (PCHR)

- Am 7. Oktober 2023 [postete](#) die PCHR-Referentin für Fundraising und Programmverantwortliche Feda'a Murjan auf Facebook: „Wir werden unser Land wirklich betreten. Allah, du bist unser Beschützer und Unterstützer.“
- Zuvor, während des Gaza-Konflikts im Mai 2023, hatte PCHR eine [Erklärung](#) veröffentlicht, in der „das palästinensische Volk zum Widerstand gegen die Besatzung mit allen verfügbaren Mitteln, einschließlich des bewaffneten Kampfes“ aufgerufen wird. Nach Kritik und auf Druck von Geldgebern, darunter auch der EU, wurde dieser Text angepasst.

## Finanzierung durch Deutschland

Am 6. April 2023 [berichtete](#) die PCHR von einem Treffen mit dem palästinensischen Gesundheitsministerium in Gaza, an dem auch ein Vertreter der Weltgesundheitsorganisation (WHO) teilnahm. Nach Angaben der PCHR fand dieses Treffen im Rahmen des vom Menschenrechtsprogramm des Auswärtigen Amtes

finanzierten Projekts „Promoting, Improving, Respecting, and Protecting the Right to Health in the Gaza Strip“ statt. Der Betrag ist nicht bekannt.

Anmerkung: Das [PCHR](#) weist enge Verbindungen zur Terrorgruppe PFLP auf. Im November 2023 [kündigte](#) das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) an, die Finanzierung der PCHR wegen Verstößen gegen den Verhaltenskodex des EDA einzustellen. Wie Schweizer Medien unter Berufung auf den Kommunikationschef des EDA [berichteten](#), war der Grund für die Beendigung des Vertragsverhältnisses zwischen dem EDA und der PCHR die apologetische Haltung der PCHR hinsichtlich der Anwendung von Gewalt.

## Al-Shabaka

Seit dem 7. Oktober 2023 haben die Mitarbeiter von Al-Shabaka [Dutzende von Erklärungen](#) abgegeben, in denen sie das Massaker der Hamas rechtfertigen oder versuchen, es zu „kontextualisieren“. Zum Beispiel:

- Am 8. Oktober [twitterte](#) Al-Shabaka: „Al-Shabaka lehnt die kolonialen Grenzen des israelischen Regimes ab, die darauf abzielen, die palästinensische Existenz zu fragmentieren und letztlich auszulöschen. Die Überwindung dieser Grenzen erweitert die palästinensische Vorstellungswelt um Möglichkeiten des Widerstands und der kollektiven Freiheit. Wir sind uns bewusst, dass Entkolonialisierung keine Metapher ist; es handelt sich nicht um bloße Erklärungen oder Analysen, sondern um einen aktiven Prozess, der den Abbau der kolonialen Macht und die Rückgewinnung von Land erfordert. Wir stehen an der Seite derer, die sich für diese Bemühungen und für die Befreiung der Palästinenser weltweit einsetzen.“
- Am 11. Oktober erklärte Yara Hawari, Senior Policy Analyst bei Al-Shabaka, in einem [Interview mit Novara Media](#): „Dies war kein unprovokierter Angriff. Es gibt nichts Unprovokiertes in einer Situation, in der Menschen seit Jahrzehnten unter kolonialer Besatzung und in Gaza unter Belagerung leben.“
- Am 11. Oktober erklärte Hawari in einem [Interview](#) mit Sky News: „Das war keine Provokation der Hamas. Das israelische Regime hat die Palästinenser jahrzehntelang unter koloniale Besatzung gestellt.“

## Finanzierung durch Deutschland

Laut den Jahresberichten der Organisation erhielt Al-Shabaka in den Jahren [2021](#) und [2022](#) finanzielle Unterstützung von der Heinrich-Böll-Stiftung.

Anmerkung: Im November 2023 gab das EDA [bekannt](#), die Finanzierung von [Al-Shabaka](#) wegen Verstößen gegen den Verhaltenskodex des EDA einzustellen. Wie Schweizer Medien unter Berufung auf den Kommunikationschef des EDA [berichteten](#), war der Grund für die Beendigung des Vertragsverhältnisses zwischen dem EDA und Al-Shabaka die apologetische Haltung von Al-Shabaka hinsichtlich der Anwendung von Gewalt.

### Association for Woman and Child Protection (AISHA)

Am 16. Oktober 2023 [teilte](#) Taghreed Jomaa, [Vorstandsvorsitzende](#) der Aisha Association for Woman and Child Protection, einen Facebook-Post, in dem sie das Massaker der Hamas und die Verbrennung von Leichen ihrer Opfer leugnete. Der Beitrag suggerierte, grafisch untermalt, dass Israel das Bild eines verbrannten Hundes als das eines verbrannten Kindes darstellen würde. Unter Bezugnahme auf einen bekannten Hasspropagandisten heißt es dort: „Westliche Unterstützung für Israel wegen eines Hundes? Der amerikanische Journalist Jackson Hinkle deckte auf, dass das vom israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu veröffentlichte Foto eines angeblichen verkohlten Kindes eine Fälschung war. Netanjahu sagte, es handle sich um ein israelisches Kind, das von der Islamischen Widerstandsbewegung (Hamas) verbrannt worden sei. Einem Bericht von Fatima Triki zufolge hat der amerikanische Journalist offen gelegt, dass das Foto des angeblichen israelischen Kindes [in Wirklichkeit] das eines Hundes in einer Tierklinik ist, das mit Hilfe künstlicher Intelligenz verzerrt wurde, aber die westlichen Medien wiederholen Netanjahus Lügen ohne Überprüfung oder Beweise.“

### Finanzierung durch Deutschland

Laut einer [Veröffentlichung](#) aus dem Jahr 2020 hat AISHA im Rahmen des Projekts „Women Are Able to Compete: More Job Opportunities for Young Women in Gaza City“ in Partnerschaft mit der GIZ und finanziert vom BMZ ein spezielles Training im Bereich „Lebenskompetenzen“ durchgeführt. Der Betrag ist nicht transparent.

Anmerkung: Die Aisha-Vorstandsmitglieder Taghreed Jomaa und Elias al-Jelda waren Mitglieder des Zentralkomitees der PFLP (siehe Bericht von NGO Monitor, [EU NGO Funding for the West Bank and Gaza in 2022](#), vom September 2023).



## Palestinian Medical Relief Society (PMRS)

- Am 7. Oktober 2023 [erklärte](#) PMRS-Präsident Mustafa Barghouti: „Heute ist ein glorreicher Tag für den palästinensischen Widerstand und das palästinensische Volk. Der Widerstand zahlt mit Zinsen für die Angriffe der terroristischen Siedler und für die Angriffe auf die Al-Aqsa-Moschee zurück. Er zahlt es mit Zinsen denjenigen zurück, die [ihre Beziehungen] mit der Besatzung normalisieren.“
- Am 6. Dezember 2023 [tweetete](#) Baghouthi: „Das israelische Establishment und die Regierung führen eine schwarze Medienkampagne, in der sie die falsche Propaganda über die Vergewaltigung israelischer Frauen am 7. Oktober verbreiten, um die schrecklichen Kriegsverbrechen zu rechtfertigen, die sie in Gaza begehen. Die amerikanischen Medien selbst haben die Vergewaltigungsvorwürfe widerrufen.“
- Laut [Wattan](#) erklärte Barghouti bei einer Demonstration „zur Unterstützung des Widerstands in Gaza“ am 10. Oktober: „Diese Märsche bekräftigen die Unterstützung des palästinensischen Volkes für den Widerstand und zeigen, dass das palästinensische Volk vereint ist, wo immer es sich befindet.“
- Am 7. Oktober erklärte Barghouti in einem [Interview mit Al Jazeera](#): „Diese Initiative durch den Widerstand, die wir gesehen haben, ist eine Reaktion auf den Terror der israelischen Siedler, der überall im Westjordanland unter dem Schutz der israelischen Armee stattfindet [...]. Es ist eine Reaktion auf die Angriffe auf die al-Aqsa-Moschee und den Prozess der Judaisierung nicht nur Jerusalems und der al-Aqsa-Moschee, sondern des gesamten Westjordanlandes [...], aber vielleicht ist es auch eine politische Antwort auf diejenigen, die dachten, dass sie durch eine Normalisierung mit den arabischen Ländern die palästinensische Frage liquidieren und marginalisieren könnten. Sie kehrt auf die denkbar gewaltsamste Weise zurück [...]. Sie führt vor Augen, dass Israel nicht allmächtig ist, und sie zeigt auch, wozu Palästinenser in der Lage sind, wenn sie sich dazu entschließen, für ihre Freiheit Widerstand zu leisten...“
- In einer [Fernsehansprache, die am 15. Oktober auf Wattan ausgestrahlt wurde](#), erklärte Barghouti: „Die Palästinenser sind jetzt einer neuen Nakba ausgesetzt, die gefährlicher und schlimmer ist als die Nakba von 1948 [...]. Israel begeht mit voller Unterstützung der USA und leider auch unterstützt durch westliche Länder vier gefährliche Akte gegen das palästinensische Volk: Entmenschlichung der Palästinenser, kollektive Bestrafung, ethnische Säuberung und Völkermord. ‚Israel‘ **versucht, die Palästinenser zu entmenschlichen und zu dämonisieren und behauptet fälschlicherweise, die Hamas sei ISIS, und zwar durch verschiedene Lügen, die einige Medien zurückgenommen haben, wie der CNN-Reporter, der sich für die Verbreitung von Fake News über die Enthauptung israelischer Kinder entschuldigte, und die LA Times, die sich für ihre falschen Behauptungen über**

**Vergewaltigungsvorfälle entschuldigte** [...] ‚Israel‘ nutzt die aktuellen Ereignisse aus, um Pläne zu verwirklichen, die es schon seit Jahren hat [...]

### Finanzierung durch Deutschland

Laut einer [Veröffentlichung](#) des Palästinensischen NGO-Netzwerks (PNGO) vom Mai 2023 führt die PMRS „ein Projekt zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Gesundheitssystems und der Ernährungssouveränität von Patienten mit nicht übertragbaren Krankheiten (NCDs) sowie zur Förderung einer nachhaltigen, qualitativen, zuverlässigen und effizienten Struktur der Gesundheitsdienste für Menschen mit NCDs im Gazastreifen durch, der von einer lang anhaltenden Krise und humanitärer Hilfe gezeichnet ist. Das Projekt wird in Partnerschaft mit Medico International durchgeführt und von der Bundesrepublik Deutschland – BMZ – finanziert.“ Der Betrag ist nicht bekannt.

### Al-Haq

- Am 10. Oktober [schrieb](#) Ziad Hmaidan, Leiter der Ausbildungsabteilung von Al-Haq, auf Facebook: „Es steht im Hadith geschrieben: ‚Ihr müsst den Dschihad führen. Der beste Dschihad ist die Vorbereitung auf den Krieg, und es ist am besten, sich in Aschkelon auf den Krieg vorzubereiten.“
- Am 10. Oktober [twitterte](#) Ahmed Abofoul, Rechtswissenschaftler bei Al-Haq und Advocacy-Beauftragter: „Es ist empörend, den palästinensischen Widerstand (der nach internationalem Recht erlaubt ist) aufzufordern, seine Angriffe EINZUSTELLEN, während man die Besatzungsmacht auffordert, NUR das humanitäre Völkerrecht einzuhalten“ (Hervorhebung im Original).
- Am 12. Oktober [twitterte](#) der Al-Haq-Rechtswissenschaftler und Advocacy-Beauftragte Aseel Al-Bajeh: „Wir brauchen nicht von unserem Recht auf Widerstand zu sprechen, denn es ist kein Recht, sondern eine Lebens- und Überlebensweise für Palästinenser. Wir fordern nicht unser Recht, zu erzählen. Unsere Fähigkeit, zu erzählen, haben wir nie abgegeben und Widerstand braucht keine Vorabgenehmigung durch statische internationale Gesetzbücher. Es ist nicht ‚unsere Pflicht‘, die blutige Barbarei des Zionismus zu entlarven, ihre Handlungen als faschistischer Staat und eine rücksichtslose Armee sind mehr als ausreichend, um diese Aufgabe zu erfüllen. Wir bleiben unserem Land und unserer Menschlichkeit verbunden, als Pal-Araber müssen wir unsere Menschlichkeit nicht denen beweisen, die sie verloren haben.“
- Am 9. Oktober [teilte Hmaidan auf Facebook ein Bild des palästinensischen Terroristen Ibrahim Nabulsi, der mit einer Waffe zielt](#), und schrieb: „Eine Botschaft intensiver Liebe. Das Bild eines der Männer der ‚Flut‘ [gemeint ist die sog. Flut von Al-Aqsa, der Name, den die Hamas den mörderischen Anschlägen

vom 7. Oktober gegeben hat,] während einer Konfrontation in einem der [israelischen] Stützpunkte, die [von palästinensischen Terroristen] gestürmt wurden. Dieses Bild hat tausend Zeichen und Bedeutungen. Betrachten Sie das Bild, das der Scharfschütze der Flut auf sein Gewehr geklebt hat. Erkennen Sie, wer auf dem Bild zu sehen ist? Das ist die tiefe Liebe zu Ibrahim [Nabulsi].“

- Am 9. Oktober [postete](#) Hmaidan auf Facebook: „Für Palästina allein geben wir alles, bis es zufrieden ist. Und zu dem, was die Welt will – möge sie zur Hölle fahren.“
- Am 11. Oktober 2023 [twitterte](#) Aseel Al-Bajeh: „Der Prozess der Befreiung ist einnehmend & unumkehrbar & um ernsthafte Krisen zu vermeiden, muss dem Kolonialismus & allen damit verbundenen Praktiken der Segregation & Diskriminierung ein Ende gesetzt werden‘ UN-Resolution 1514, bindend für alle Staaten!“
- Am 7. Oktober [twitterte Al-Bajeh, indem er Hamas-Chef Ismail Haniyeh zitierte](#): „Verlasst unser Land, geht uns aus den Augen.“

### Finanzierung durch Deutschland

- In den Jahren 2021 bis 2024 führt der Weltfriedensdienst (WFD; eine vom BMZ finanzierte deutsche NGO) gemeinsam mit Al-Haq, Defense for Children International – Palestine (DCI-P) und BADIL das Projekt [„Side by Side: Strengthening Civil Society Forces“](#) durch. Der Förderbetrag ist unbekannt. (Mittel unter demselben Titel wurden auch von 2017 bis 2021 bereitgestellt, ggf. bereits vorher.)
- In den Jahren 2020 bis 2023 stellt das BMZ Brot für die Welt [511.065 €](#) für ein Projekt mit dem Titel [„Human Rights and Globalization“](#) zur Verfügung. Al-Haq ist einer von 17 [Partnern](#) des von der FIDH verwalteten Projekts (Förderbetrag unbekannt).
- Im Jahr [2021](#) listete Medico International ein von Al-Haq durchgeführtes Projekt (Förderbetrag unbekannt).

Anmerkung: [Al-Haq](#) ist eine der PFLP nahestehende NGO, die 2021 von Israel wegen ihrer engen Verbindungen zur PFLP als terroristische Vereinigung ausgewiesen wurde. Für weitere Informationen über die PFLP-Verbindungen von Al-Haq, siehe den Bericht von NGO Monitor, [Potentieller Missbrauch deutscher Entwicklungsressourcen durch mit dem Terror verbundene palästinensische NGOs](#), vom Januar 2023).

## Defense for Children International – Palestine (DCI-P)

- Am 8. Oktober 2023 [twitterte](#) die DCI-P Advocacy Officer Miranda Cleland: „Es ist mehr als beleidigend und unverhohlen rassistisch anzunehmen, dass **Palästinenser, die sich gegen die israelische Kolonisierung wehren und versuchen, ihr Land zurückzuerobern**, antisemitische Angriffen in DC durchführen würden. Was für ein Witz“ (Hervorhebung NGO Monitor). Cleland teilte eine Erklärung des Bürgermeisters von DC, in der er die Hamas-Anschläge verurteilte und sich dazu verpflichtete, die jüdische Gemeinde in DC zu schützen.

## Finanzierung durch Deutschland

- In den Jahren 2021 bis 2024 führt der Weltfriedensdienst (WFD; eine vom BMZ finanzierte deutsche NGO) gemeinsam mit Al-Haq, Defense for Children International – Palestine (DCI-P) und BADIL das Projekt [„Side by Side: Strengthening Civil Society Forces“](#) durch. Der Förderbetrag ist unbekannt. (Mittel unter demselben Titel wurden auch von 2017 bis 2021 bereitgestellt, ggf. bereits vorher.)
- Im Januar 2022 veröffentlichte DCI-P einen [Videoclip](#), in dem „israelische Streitkräfte und Siedler“ beschuldigt werden, „regelmäßig palästinensische Kinder auf ihrem Schulweg anzugreifen“. Der Videoclip trägt das Logo von DCI-P, Save the Children und der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit (es ist unklar, ob es sich um das BMZ oder die GIZ handelt). In den Jahren 2018 bis 2021 hat Save the Children Deutschland mit einem unbekanntem Betrag, der vom BMZ bereitgestellt wurde, ein [Projekt](#) im Westjordanland und im Gazastreifen durchgeführt.

Anmerkung: [DCI-P](#) ist eine mit der PFLP verbundene NGO, die 2021 von Israel deshalb als terroristische Vereinigung ausgewiesen wurde. Für weitere Informationen zu den Verbindungen von DCI-P zur PFLP, siehe den Bericht von NGO Monitor, [„Potenzieller Missbrauch deutscher Entwicklungsgelder durch NGOs mit Verbindungen zu Terrorgruppen“](#), vom Dezember 2022).

## BADIL

- Am 9. Oktober [twitterte](#) BADIL: „Straflosigkeit und Doppelmoral sind nicht länger akzeptabel! Das palästinensische Volk hat im Streben nach seiner Befreiung das gleiche Recht auf Widerstand.“

- Am 8. Oktober [twitterte](#) BADIL: „Nichts am palästinensischen Widerstand ist unprovokiert. Das palästinensische Volk leidet seit 75 Jahren unter dem kolonialen Apartheidsregime, ethnischen Säuberungen, gewaltsamen Umsiedlungen/Vertreibungen, Massakern an palästinensischen Städten [sic] und der Schändung heiliger Stätten [...]. **Im Streben nach den unveräußerlichen Rechten auf Selbstbestimmung und Rückkehr ist der Widerstand der menschlichste und legitimste Akt**“ (Hervorhebung NGO Monitor).
- Im Dezember 2023 veröffentlichte BADIL den Bericht „[Das palästinensische Volk hat aufgrund seines unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung ein Recht auf bewaffneten Kampf](#)“, in dem das Existenzrecht Israels unverhohlen bestritten wird. Laut BADIL „ist es wichtig festzustellen, dass die **Gründung des Staates Palästina** in den Grenzen von vor 1967 das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes nicht verwirklicht und **somit die Legitimität seiner kollektiven Handlungen im Streben nach Selbstbestimmung nicht ausschließt**. Solange das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes nicht in vollem Umfang von allen und für alle verwirklicht wird, gilt **das Recht auf Widerstand**, unabhängig davon, ob ein Staat für (einige) Palästinenser geschaffen und von den Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft schrittweise anerkannt wird oder nicht“ (Hervorhebung im Original).

### Deutsche Finanzierung

In den Jahren 2021 bis 2024 führt der Weltfriedensdienst (WFD; eine vom BMZ finanzierte deutsche NGO) gemeinsam mit Al-Haq, Defense for Children International – Palestine (DCI-P) und BADIL das Projekt „[Side by Side: Strengthening Civil Society Forces](#)“ durch. Der Förderbetrag ist unbekannt. (Mittel unter demselben Titel wurden auch von 2017 bis 2021 bereitgestellt, ggf. bereits vorher.)

### Bisan Research and Development Center

- Am 10. Oktober [teilte Bisan-Vorstandsmitglied Nadia Habash eine Erklärung](#) des Ordens der Ingenieure und Architekten Beirut auf Facebook und schrieb: „Großen Respekt für den Orden der libanesischen Ingenieure und den Präsidenten der Gewerkschaft Aref Yasin für diese ehrenvolle Position, die unseren legitimen Kampf unterstützt, und für ihre Ankündigung einer Demonstration zur Unterstützung der ‚Al-Aqsa-Flut‘ [...].“ In der Erklärung teilte Habash mit: „Der Widerstand gegen die Besatzung mit allen Mitteln ist eine nationale, menschliche und moralische Pflicht [...]. Die Al-Aqsa-Flutung, die den

Feind aus dem Gleichgewicht gebracht hat, ist eine einzigartige Entwicklung in den Methoden des Widerstands, in dieser historischen Konfrontation hat der Widerstand gewonnen und ist mächtiger geworden [...]. Möge das widerständige, standhafte palästinensische Volk mit Größe und Ehre gesegnet sein, und mögen die Märtyrer des Widerstands und die Ansporn-Märtyrer Ruhm und ewiges Leben haben. Palästina wird arabisch bleiben und die Besatzung wird verschwinden...“

- Am 10. Oktober [veröffentlichte Habash eine Erklärung](#) des Professional Association Complex, in der es hieß: „Heute blicken wir mit Stolz auf unseren mutigen Widerstand, der die schrecklichsten Bilder von Stärke und Ruhm schreibt und die Feinde unserer Nation zertritt und die gestohlenen Rechte zurückgibt. Wir beglückwünschen diesen Sieg und bezeugen vor Allah, dass wir alle Soldaten unter dem Kommando des palästinensischen Widerstands sind... Mach dich bereit, oh freier Mann der Nation, und unterstütze deinen Widerstand auf allen Ebenen, wo immer du bist, dies ist dein Tag, ein Tag Allahs... Lang lebe Gaza, und lang lebe Palästina, frei und stolz. Möge unser geliebter Widerstand weitergehen und unzerbrechlich sein.“
- Am 11. Oktober [teilte Habash Bilder](#) von einer Demonstration „in Treue zum Blut der [palästinensischen] Journalisten und in Wut über die Kriminellen, die Massaker an Journalisten in Gaza begehen“, an der sie teilnahm. Habash schrieb, „die Ingenieurvereinigung [die [Habash leitet](#)] nahm an dieser Demonstration teil, um den mutigen Widerstand im revolutionären Gaza[-Streifen] zu unterstützen und die Unterstützung für die palästinensische Geschichte und das palästinensische Bild zu bekräftigen und Journalisten zu schützen“.

### Finanzierung durch Deutschland

In den Jahren 2020 und 2021 [veröffentlichte](#) Bisan gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung die Zeitschrift *The Progressive Journal*.

Anmerkung: [Bisan](#) ist eine PFLP-nahe NGO, die 2021 von Israel deshalb als terroristische Vereinigung eingestuft wurde. Für weitere Informationen zu Bisans PFLP-Verbindungen, siehe den Bericht von NGO Monitor, [Potentieller Missbrauch deutscher Entwicklungsressourcen durch mit dem Terror verbundene palästinensische NGOs](#), vom Dezember 2022).

### Palestinian NGO Network (PNGO)

Am 8. Oktober veröffentlichte die PNGO eine [Erklärung](#), in der sie „nationale Einheit zur Bekämpfung der Herausforderungen und zum internationalen Schutz des

palästinensischen Volkes“ forderte. In der Erklärung heißt es: „Wir von PNGO begrüßen dieses ehrenwerte Bild, das unser Volk entwirft.“ In der Erklärung wurde die Welt dazu aufgerufen, „die wahre Realität zu sehen, nämlich dass das palästinensische Volk seit mehr als 75 Jahren mit einer rassistischen, faschistischen Besatzung konfrontiert ist [...]. Das palästinensische Volk befindet sich in einer Phase der nationalen Befreiung und gibt sich nicht mit den Illusionen eines Friedens zufrieden, der auf der Auferlegung vollendeter Tatsachen beruht. Es widersetzt sich dem mit aller Tapferkeit und Aufopferung.“

### Finanzierung durch Deutschland

Wie in einem Bild-[Exposé](#) berichtet, hat die GIZ eingeräumt, dass sie dem PNGO in den Jahren 2014 bis 2016 70.000 Euro zur Verfügung gestellt hat. Nach Angaben der GIZ finanziert Deutschland das PNGO, „damit dieses Netzwerk palästinensischer NGOs seine Aktivitäten besser koordinieren kann.“

#### Anmerkungen:

- Das PNGO ist eine Dachorganisation, die die Legitimität des palästinensischen „Widerstands“ verteidigt und sich gegen eine Normalisierung mit Israel und Israelis ausspricht. Mehrere PNGO-Mitglieder sind wegen ihrer Verbindungen zur PFLP ausgewiesen worden und zwei PNGO-Vorstandsmitglieder stehen derzeit wegen terroristischer Vergehen vor Gericht. Für weitere Informationen zu den PFLP-Verbindungen von PNGO, siehe den Bericht von NGO Monitor, [„Potenzieller Missbrauch deutscher Entwicklungsgelder durch NGOs mit Verbindungen zu Terrorgruppen“](#), vom Dezember 2022).
- Im November 2023 gab die Schweiz (EDA) [bekannt](#), die Finanzierung des PNGO wegen Verstößen gegen den Verhaltenskodex des EDA einzustellen. Wie Schweizer Medien unter Berufung auf den Kommunikationschef des EDA [berichteten](#), war der Grund für die Beendigung des Vertragsverhältnisses zwischen dem EDA und dem PNGO die apologetische Haltung desselben hinsichtlich der Anwendung von Gewalt.

## **Von Deutschland finanzierte NGOs sind die Speerspitze der Genozid-Vorwürfe in Den Haag**

Am 12. Dezember 2023 [veröffentlichte](#) die Internationale Föderation für Menschenrechte (FIDH), eine internationale NGO mit Sitz in Paris, eine [Resolution](#) mit der Überschrift „Israels Völkermord und andere Verbrechen in Gaza und gegen das

palästinensische Volk“. Sie wurde auf einer Sitzung des internationalen Vorstands der FIDH im November 2023 verfasst und angenommen.

In der Resolution werden mehrere falsche Anschuldigungen im Zusammenhang mit dem aktuellen Krieg („Israels Einsatz von Hunger als Mittel der Kriegsführung“ und „Zwangsvertreibung“) mit wiederkehrenden Themen antisemitischer Dämonisierung („Apartheid“, „systematische Beherrschung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes seit mehr als 75 Jahren“) zusammengebracht, um zu der unaufrichtigen Schlussfolgerung zu gelangen, dass „Israels Handlungen gegen das palästinensische Volk einen sich entfaltenden Völkermord darstellen“.

Diese Resolution ist Teil einer Kampagne der Umkehrung der Gräueltaten, die darauf abzielt, Israel als weltweit größten Menschenrechtsverletzer darzustellen. NGOs beschuldigen den jüdischen Staat des Völkermords, um von dem Hamas-Pogrom vom 7. Oktober abzulenken, dem weltweit tödlichsten eintägigen Angriff seit mehr als 20 Jahren (siehe den Bericht von NGO Monitor, [NGO Atrocity Inversion: Falsche Anschuldigungen von Völkermord und ethnischer Säuberung zur Ablenkung vom Hamas-Massaker](#)).

Die FIDH-[Mitglieder](#) Al-Haq (Al-Haq ist auch im internationalen Vorstand der FIDH [vertreten](#)), PCHR und Al Mezan haben die Resolution eindeutig beeinflusst. Die drei NGOs, die alle mit der Terrorgruppe PFLP in Verbindung stehen, stellten bereits zu Beginn des Krieges die Behauptung vom Vorwurf eines Völkermords auf. So [tweetete](#) Al-Haq am 11. Oktober: „Auch am fünften Tag setzen die Besatzungstruppen ihre Angriffe auf den #Gazastreifen fort [...] in einer Art und Weise, die einem **Völkermord** gleichkommt“. Am 15. Oktober [veröffentlichten Al-Haq, Al Mezan und PCHR eine gemeinsame Stellungnahme](#) auf Twitter/X, in der sie behaupteten, dass „die Palästinenser vor einem drohenden **Völkermord** stehen“ (Hervorhebung NGO Monitor).

Diese von NGOs geführte Kampagne zum Völkermord-Vorwurf beeinflusste auch die Klage Südafrikas gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH). Die Vorsitzender der drei NGOs – Shawan Jabarin (Al-Haq), Raji Sourani (PCHR) und Issam Younis (Al-Mezan) – [fungierten](#) als Berater der südafrikanischen Delegation beim IGH.

### Shawan Jabarin

- Jabarin, Vorsitzender von Al-Haq, [hat Verbindungen zur Terrororganisation PFLP](#), weshalb ihm von [Jordanien](#) und [Israel Ausreisevisa verweigert wurden](#). [Hier](#) finden Sie eine von NGO Monitor angefertigte Übersetzung des entsprechenden Urteils des Obersten Gerichtshofs Israels (20. Juni 2007).



- Im Februar 2019 nahm Jabarin an einer Veranstaltung der PFLP zum Gedenken an den „Kämpferkameraden“ Maher Al-Yamani [teil](#). Al-Yamani war ein „[Gründer](#)“ der PFLP, „[Mitglied des Zentralkomitees und einer ihrer prominentesten militärischen Befehlshaber](#)“ und „koordinierte Spezialoperationen [...] [insbesondere die Operation gegen ein Flugzeug der israelischen Gesellschaft El Al im Juli 1968 in Griechenland](#).“
- Wie [mehrere arabischsprachige Medien](#) berichten, vertrat Jabarin die PFLP bei einer Sitzung des Follow-Up Committee for Issues of Public Liberties and Trust Building im Dezember 2011. Dieses Gremium diente als [Versöhnungsgremium](#) zwischen Hamas, Fatah, PIJ (Palestinian Islamic Jihad), der PFLP und anderen palästinensischen Gruppierungen.
- Jabarin wurde 1985 wegen der Rekrutierung und Organisation von Schulungen für Mitglieder der PFLP [verurteilt](#). In einer [israelischen Erklärung vor den Vereinten Nationen aus dem Jahr 1994](#) heißt es, „er hat seine Beteiligung an terroristischen Vorhaben nicht beendet und seine Position in der Führung der PFLP beibehalten“.
- Im Jahr [2007](#) lehnte der Oberste Gerichtshof Israels Jabarins Berufung um die Möglichkeit einer Reise ins Ausland ab, mit der Begründung, dass „der derzeitige Kläger offenbar **in einer Doktor Jekyll und Mister Hyde-Manier agiert, indem er mal als Vorsitzender einer Menschenrechtsorganisation fungiert, mal als Aktivist in einer Terrororganisation**, die auch vor Mord und Mordversuchen nicht zurückschreckt, die nichts mit Rechten zu tun haben[...]“
- Im Jahr 2008 stellte der Oberste Gerichtshof Israels [fest](#), dass Jabarin „zu den führenden Aktivisten der Terrororganisation der PFLP“ gehört.

Von 2016 bis 2022 war Shawan Jabarin [FIDH-Generalsekretär](#). Von 2013 bis 2016 war Jabarin [FIDH-Vizepräsident](#).

## Raji Sourani

- Raji Sourani, dem [Gründer](#) und Direktor von PCHR, war „von 1977 bis 1990 die Ausreise aus Palästina [sic] [verboten](#)“. Laut einem Artikel des [Washington Report aus dem Jahr 1995](#) verbüßte Raji Sourani „eine dreijährige Haftstrafe [1979 bis 1982], die von einem israelischen Gericht aufgrund seiner Mitgliedschaft in der illegalen Volksfront zur Befreiung Palästinas verhängt wurde“. 2012 wurde auch ein [US-Einreisevisum](#) abgelehnt. Sourani wurde „[1985 und 1986](#)“ noch dreimal inhaftiert und befand sich 1988 in Verwaltungshaft. Von 1986 bis 1987 war er „durch eine israelische Militärentscheidung, die vom israelischen Militärgouverneur ausgesprochen wurde, ein Jahr lang [von legaler Arbeit ausgeschlossen](#).“
- Im Februar 2014 organisierte die PFLP in Gaza eine [Feierlichkeit](#) zu Ehren Souranis für den Erhalt des „Alternativen Nobelpreises“. [Rabah Muhana](#),

Mitglied des Politbüros der PFLP, hielt bei der Preisverleihung eine Rede. [Während der Zeremonie](#) erklärte Sourani: „Ich war in den Reihen der Volksfront und es gab Kameraden, die uns mit ihren eigenen Händen gelehrt haben. Diese Organisation hat uns noch viel mehr gegeben. Wir hoffen, dass die Richtung und das Zugehörigkeitsgefühl, die in uns eingepflanzt wurden, in unseren Köpfen bleiben. Wir entschuldigen uns nicht und bereuen unsere Vergangenheit nicht, wir sind stolz darauf, einst Mitglieder dieser Organisation gewesen zu sein und in ihren Reihen gekämpft zu haben.“

### Finanzierung durch Deutschland

Im Zeitraum 2020–2023 erhielt die FIDH laut *Die Welt* [511.065 €](#) vom BMZ (gefördert über ‚Brot für die Welt‘) für ein Projekt, an dem Al-Haq als Umsetzungspartner beteiligt war.

### Al Mezan

### Finanzierung durch Deutschland

Für das Jahr [2022](#) (die aktuellsten verfügbaren Daten) hat Medico International gemeinsame Projekte mit Al Mezan aufgeführt. Der für Al Mezan vorgesehene Betrag ist nicht bekannt, doch MI hatte im Jahr 2022 Förderausgaben in Höhe von 1,8 Millionen Euro, unter anderem mit Unterstützung des Auswärtigen Amts und des BMZ, für seine Projekte in „Israel/Palästina“.